



**Augsburger Allgemeine Zeitung (Kommentar)**

**Obamas einseitiger Vorstoß**

**Der US-Präsident zwischen Arabien und Israel**

von Winfried Züfle

Der Applaus, den Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu im amerikanischen Kongress erhielt, muss US-Präsident Barack Obama fast schon körperlich geschmerzt haben. Der „mächtigste Mann der Welt“ war kurz zuvor von Netanjahu in aller Öffentlichkeit belehrt worden, dann jubelten auch noch die Volksvertreter dem Israeli zu: Obama steht als Verlierer da.

Der Versuch des US-Präsidenten, Israel auf eine Friedenslösung „auf der Basis der Grenzen von 1967“ festzulegen, ist gescheitert. Es sollte ein Zugehen auf die arabische Welt sein, in der sich ein demokratischer Frühling abzeichnet. Der US-Präsident befand sich auch in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Aber er wollte nicht wahrhaben, dass sich Israel in jenen Grenzen, die vor dem Sechs-Tage-Krieg galten, nicht sicher fühlen kann, solange arabische Organisationen wie die Hamas den jüdischen Staat vernichten wollen. Ein Friedensvertrag kann nur zustande kommen, wenn alle Problemfelder – Grenzverlauf, Israels Sicherheit, Lage der palästinensischen Flüchtlinge und Status Jerusalems – im Zusammenhang behandelt werden. Und wenn beide Seiten zu Zugeständnissen bereit sind.

Auch Israel wird „großzügige Kompromisse“ machen müssen – Netanjahu wählte in seiner Rede diese Formulierung, füllte sie aber nicht mit Inhalten. Das war unbefriedigend und provokativ. Wenn Israel Frieden will, wird Netanjahu Substanzielles liefern müssen.

Die Palästinenser scheinen gewillt, im September von der UN-Generalversammlung die Anerkennung als selbstständiger Staat einzufordern. Doch ihre Lage wird dies kaum ändern. Verbesserungen müssen beide Seiten miteinander aushandeln. Palästina und Israel können nur gemeinsam gewinnen oder verlieren. Das muss auch Obama einsehen.



## **Frankfurter Rundschau**

### **Analyse zum Nahost-Konflikt**

#### **Im alten Denken verhaftet**

von Inge Günther

Israel hat noch die Macht, eine Zwei-Staaten-Lösung in Nahost zu verhindern. Die Zeit aber arbeitet für die Palästinenser und ihre Anerkennung durch die UN.

Die Show ist vorbei. Benjamin Netanjahu hatte seinen großen Auftritt vor dem Washingtoner Kongress. Die US-Senatoren und Abgeordneten hat er mit einer Hollywood-reifen Rede mächtig in Bewegung gebracht – so wie es sie nahezu jede Minute vor Begeisterung von ihren Sitzen riss, fühlte man sich schon an einen Fitnesskurs für ältere Semester erinnert. Aber ausgelöst hat Israels Premier diesen Beifall mit Ansichten, die den schwer erträglichen Status quo in Nahost zementieren. Ohne Netanjahu und seine unvergleichlichen Talente auf eine Stufe mit anderen Führern in der arabischen Welt stellen zu wollen – auch er blieb ganz und gar verhaftet in seiner ideologischen Weltanschauung.

Um es vorwegzunehmen: Eine Zwei-Staaten-Lösung wird mit Netanjahu nicht auszuhandeln sein. Dieser Illusion muss man sich nicht länger hingeben. Das Kalkül von US-Präsident Barack Obama, die Grenzen von 1967 als Gesprächsanreiz für die Palästinenser ins Spiel zu bringen, ging nicht auf. Netanjahu sah bei dieser Formel rot. Zu winzig und zu vage waren wiederum die paar Zugeständnisse, die er an wenigen Stellen anklingen ließ: etwa sein Hinweis, dass nicht alle jüdischen Westbank-Siedlungen sich auf der israelischen Seite einer künftigen Grenze wiederfinden würden. Oder dass sich „kreative Lösungen“ ausklamüsern ließen, wenn nur der Anspruch auf ein ungeteiltes Jerusalem als israelischer Kapitale akzeptiert werde.

Und seine gestellten Bedingungen waren zu hoch, als dass selbst der moderate Mahmud Abbas über diese Hürde springen könnte. Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, gleichzeitig der Hamas den Laufpass zu geben und ansonsten ganz auf Netanjahus Großzügigkeit zu vertrauen, passt ins Heile-Welt-Bild amerikanischer Republikaner. Für den Palästinenser-Präsidenten wäre es politischer Selbstmord.

Nicht, dass die palästinensische Seite unproblematisch wäre. Ihre Führung scheut sich bis heute, den Flüchtlingen ins Gesicht zu sagen, dass die allermeisten von ihnen nicht in die alte verlorene Heimat zurückkehren werden, die heute Israel heißt, sondern höchstens in ein geschrumpftes Palästina, bestehend aus Westbank und Gaza. Die Islamisten von der Hamas machen es der PLO-Mehrheitsfraktion auch nicht gerade einfacher, bittere Wahrheiten auszusprechen. Ihr Versuch, gemeinsam im nationalen Interesse eine Interimsregierung auf die Beine zu stellen, erleichtert es Netanjahu noch, die Palästinenser pauschal in die Terroristenecke zu stellen.



Nur, all die rhetorischen Geschütze ändern nichts an der Realität. Und in der hat Israel die Macht auf seiner Seite, aber nicht die Zeit. Angesichts wachsender Siedlungsexpansion zweifeln mehr und mehr Palästinenser an einer Zwei-Staaten-Lösung. Ihnen reicht notfalls auch ein Staat, ein bi-nationaler zwischen Mittelmeer und Jordan, in dem es entsprechend der demografischen Entwicklung in absehbarer Zeit ohnehin eine arabische Mehrheit geben wird. Das wäre dann tatsächlich das Ende des jüdischen Staats. „Uns ist egal, wie der Staat heißt, in dem wir leben“, lautet ein trotziges Argument, das häufig in Ramallah wie in Gaza-City zu hören ist. „Hauptsache, wir genießen volle Bürgerrechte.“

Die Vision der nationalrechten Siedlerlobby von einem Groß-Israel, inklusive Judäa und Samaria, das nur einige palästinensische Autonomie-Inseln ausspart, ist jedenfalls ein Trugschluss. Die neue Dynamik in Nahost resultiert aus dem Drang nach Freiheit, Selbstbestimmung und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. Auch die Palästinenser werden sich nicht auf Dauer mit Reservaten, umgeben von israelischen Checkpoints, begnügen.

Sicher, der arabische Frühling ist ein blutiger geworden. Aber selbst im abgeschotteten Syrien mit dem repressiven Assad-Regime sind die Proteste deshalb noch nicht verstummt. Sie genießen die Sympathien des Westens, die Bewunderung Obamas und ja, sie stecken an. Westbank und Gaza sind nicht immun. Umso mehr, wenn es keine Aussichten auf Fortschritte, eine politische Perspektive gibt.

Schon deshalb verdient die diplomatische Initiative von Abbas, sich an die Vereinten Nationen zu wenden, Respekt und keine vorschnelle Abfuhr. Auch wenn Obama und in Deutschland Angela Merkel aus Rücksicht auf Netanjahu strikt gegen den Antrag sind, in den UN als palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 aufgenommen zu werden. Dieses Vorhaben ist derzeit die einzige verbleibende Chance, eine Zwei-Staaten-Lösung zu retten. Es wäre ein symbolischer Schritt, vergleichbar mit dem UN-Teilungsbeschluss von 1947, der der israelischen Staatsgründung im Mai 1948 vorausging. Ein Schritt, der Risiken birgt, aber Israel zwingen könnte, den Kopf nicht länger in den Sand zu stecken.

Ein Nachtrag: Sage keiner, Netanjahu habe nicht anders gekonnt, als in Washington den Hardliner rauszukehren. Vielleicht kommt er nicht aus seiner Haut, aber innenpolitisch hätte er Spielraum. Laut Blitzumfrage finden 57 Prozent der Israelis, der Premier hätte mal besser Obamas Friedensvorschlägen zugestimmt. Man soll ja die Hoffnung nie aufgeben.



## Tagesspiegel

### Grenzen der Vernunft

Von Charles Landsmann

### Israels Premier punktet vor dem US-Kongress vor allem zu Hause – trotz offensichtlicher Widersprüche

Er hatte versprochen, „offen die Wahrheit“ zu sagen, und das war vielleicht mehr als eine rhetorische Floskel. Denn Israels Premier Benjamin Netanjahu musste fürchten, dass ihm zwar der US-Kongress zujubeln würde, die Verantwortungsträger im Weißen Haus und anderen wichtigen Regierungssitzen seinen Bekundungen für den Frieden aber nicht trauen würden. Und tatsächlich erhoben sich die US-Parlamentarier 31 Mal jubelnd und klatschend für ihn von den Sitzen. Vizepräsident Joe Biden allerdings blieb auffallend still sitzen, als Netanjahu die Unteilbarkeit Jerusalems beschwor.

Die Zahl der stehenden Ovationen für Netanjahus Vorgänger Ehud Olmert war allerdings noch größer.

Der war zwar rhetorisch weniger brillant als Netanjahu, sprach mit deutlichem Akzent, während Netanjahu, der in den USA aufgewachsen ist und studiert hat, perfektes Amerikanisch vorführte. Doch Olmert hatte ganz anders, viel flexibler und kompromissbereit gesprochen.

Die Erfahrungen, die US-Präsident Barack Obama und andere Regierungschefs mit Netanjahus Versprechen gemacht haben, sind zudem sehr schlecht. Der verweigert nämlich nicht nur den Siedlungsstopp, der die Wiederaufnahme der Verhandlungen bringen würde, und erwähnte das Thema in seinen jüngsten Reden nicht einmal. Netanjahu hat vielmehr nicht einmal die wenigen Siedlungsaußenposten räumen lassen, die er selbst für illegal hält. Dazu aber hatte sich Israel schon vor Jahren verpflichtet.

Netanjahu sprach in Washington wohl auch vor allem für die Masse der Israelis. „Er flog, redete, siegte“, jubelte sein Stab und meinte damit sowohl den triumphalen Empfang im Kongress als auch die Trendumkehr in den Meinungsumfragen. Beim Institut „Geokartografia“ lag er mit seiner Likud-Partei vor der Reise noch mit 26 Mandaten deutlich hinter der moderaten Kadima-Opposition unter Ex-Außenministerin Zippi Livni mit 31 Mandaten zurück, mit ihr persönlich bestenfalls gleichauf. Heute nun führt der Likud mit 33 Mandaten vor Kadima mit 22, und er selbst deutlich vor der Oppositionschefin.

In allen drei dicht aufeinanderfolgenden Reden – vor der Knesset, der amerikanischen Israel-Lobby und dem Kongress – hat Netanjahu vor allem Bekanntes geliefert. Mit wenigen kleineren Ausnahmen und einer gewichtigeren. Erstmals überhaupt sprach er vom Verbleiben von jüdischen Siedlungen östlich jener Grenze, die zwischen Israel und dem



künftigen Staat Palästina zu ziehen sein wird. Diese neue provokative Forderung war für die Palästinenser wohl so vollkommen unakzeptabel, dass sie in ihren ersten Reaktionen gar nicht auf sie eingingen.

Geradezu absurd nimmt sich sein Streit mit Obama über die Grenzziehung aus. Der US-Präsident möchte als künftige Grenze die, leicht korrigierte, Linie von 1967. Netanjahu wies diese Formel – und damit auch die Chance auf Verhandlungen mit den Palästinensern – bei jeder Gelegenheit und in immer schärferen Tönen vehement zurück. Die 67er-Grenzen seien „nicht zu verteidigen“. In den 67er- Grenzen hat Israel freilich in allen drei großen Kriegen triumphal gesiegt. Seit es sie im Sechs-TageKrieg extrem ausgeweitet hat, tut es sich militärisch schwer, sich selbst in kleineren Waffengängen durchzusetzen – oder schafft dies auch nicht.

Noch aus anderem Grund ist Netanjahus Geplänkel gegen Obama, die Palästinenser und wohl die gesamte internationale Gemeinschaft vollkommen unreal. Schon heute verlaufen die höchst umstrittene Sperranlage – Zaun und Mauer – zwischen Israel und dem besetzten Westjordanland zu über 90 Prozent exakt auf dieser „Grünen Linie“ von damals, der Hochsicherheitszaun zwischen Israel und dem Gazastreifen gar zu 100 Prozent.

Mag der Premier also vor dem Kongress und zu Hause gepunktet haben: Die Spannungen mit dem Weißen Haus sind geblieben. Und der Verhandlungsprozess ist festgefahren wie zuvor, wenn nicht noch stärker.



## Der Standard

### Ägypten will ab Samstag Gaza-Grenze öffnen

#### *Palästinenser können erstmals seit 2007 legal ausreisen*

Kairo - Ägypten öffnet am kommenden Samstag den seit vier Jahren geschlossenen Grenzübergang Rafah am palästinensischen Gazastreifen. Der Grenzposten wird täglich außer freitags und an Feiertagen zwischen 09.00 und 21.00 Uhr geöffnet sein, bestätigten Regierungskreise am Mittwochabend in Kairo. Damit haben die Palästinenser von Gaza erstmals seit Juni 2007, als die radikal-islamische Hamas die Macht im Gazastreifen ergriff, wieder die Möglichkeit, nach Ägypten zu reisen.

Die Maßnahme kam nicht unerwartet. Nach dem Sturz des Präsidenten Hosni Mubarak in diesem Februar hat Ägypten seine Außenpolitik neu ausgerichtet. Mubarak hatte eine in der Bevölkerung äußerst unbeliebte pro-israelische Linie verfolgt. Dazu gehörte die Beteiligung an der israelischen Blockade des Gazastreifens. Auf israelischer Seite hatte diese bereits nach dem Wahlsieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 begonnen.

Rafah ist der einzige Übergang an dem nur zwölf Kilometer langen Grenzabschnitt zwischen Gaza und Ägypten. Neu stellt sich die ägyptische Außenpolitik auch im Verhältnis zum Iran auf. Außenminister Nabil al-Arabi gab am Mittwoch bekannt, dass die Wiederaufnahme der 1979 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Teheran erwogen werde. (APA)



## Der Standard

### Palästinenser

#### Abbas und Hamas kritisieren Israels Premier

##### ***"Tatsachen verdreht" - Obama gegen palästinensischen Alleingang vor Uno***

Ramallah/Jerusalem/London - Mit seiner Rede vor dem US-Kongress hat der israelische Premier Benjamin Netanjahu erwartungsgemäß bei gemäßigten wie radikalen Palästinensern für heftige Kritik gesorgt. "Er hat sich sehr weit von dem Friedensprozess entfernt", kommentierte der palästinensische Präsident Mahmud Abbas. Netanjahu habe die Tatsachen "verzerrt" dargestellt.

Abbas lobte hingegen die jüngsten Reden von US-Präsident Barack Obama, vor allem dessen Äußerungen hinsichtlich der Grenzen eines künftigen Palästinenserstaates. "Damit können wir positiv umgehen."

Der palästinensische Präsident betonte gleichzeitig, er setze weiterhin auf Friedensverhandlungen, auch wenn Netanjahu nichts gesagt habe, auf das man bauen könne. Sollte die Situation weiter so bleiben, werde man wie geplant im September die Uno um Unterstützung für die Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 bitten.

Davon riet allerdings US-Präsident Obama, der sich am Mittwoch in London aufhielt (siehe Artikel Seite 5), ab. Er bekräftigte, die Palästinenser sollten sich nicht im Alleingang um eine staatliche Anerkennung bemühen. Israelis und Palästinenser sollten sich besser in Verhandlungen zu "herzerreißenden Kompromissen" durchringen. "Der einzige Weg, der zu einem palästinensischen Staat führt, ist, dass Israelis und Palästinenser sich auf einen gerechten Frieden einigen", sagte er. "Ich glaube fest daran, dass es ein Fehler wäre, wenn die Palästinenser den Weg über die Vereinten Nationen gehen, anstatt sich hinzusetzen und mit den Israelis zu reden."

Mit Wut reagierte auf Netanjahus Rede die im Gazastreifen herrschende Hamas: Die von den USA und der EU als Terrororganisation eingestufte Palästinenserorganisation rief Abbas dazu auf, die Friedensverträge mit Israel zu zerreißen. "Netanjahus Äußerungen beweisen, dass er keinen Frieden mit den Palästinensern beabsichtigt und dass er seine Siedlungspläne fortsetzen will."

##### **"Propaganda, Heuchelei"**

Für Kritik sorgte die Rede Netanjahus auch bei manchem israelischen Kommentator. So schrieb Gideon Levy in der Zeitung [Haaretz](http://www.haaretz.com), es sei unwahrscheinlich, dass bereits ein anderer



ausländischer Politiker versucht habe, dem US-Kongress "so einen Haufen Propaganda, Tatsachenverdrehungen, Heuchelei und Scheinheiligkeit zu verkaufen, wie dies Benjamin Netanjahu getan" habe. Auch die Tatsache, dass er während seiner Rede parteiübergreifend 26 Mal Standing Ovations erhielt, "sagt mehr über die Ignoranz der (Kongress-)Mitglieder aus als über die Qualität der Ansprache." Netanjahus "Rede seines Lebens" sei eher eine Rede zum Tod des Friedens gewesen. (DER STANDARD, Printausgabe, 26.5.2011)



## Die Zeit

### Weises Haus

Leitfaden für die gefährlichste Region der Welt: Obamas mutige Rede zu Palästina und zum Arabischen Frühling

Von Josef Joffe

Eine Woche alt ist sie schon, Obamas große Rede zum Arabischen Frühling. Dennoch lohnt das genaue Studium. Einmal, weil die Schnellschüsse der Deuter – hier wie in Nahost und Amerika – danebentrafen. Zum Zweiten, weil die Rede gerade wegen ihrer Widersprüchlichkeit – freundlicher: Ausgewogenheit – ein weisheitsförderndes Licht auf den Balkan des 21. Jahrhunderts wirft. Dort greifen schlichte, eindeutige Antworten nicht.

Das Kommentariat hat sich vorweg auf den Halbsatz gestürzt, wonach die Grenze zwischen Israel und Palästina auf den »Linien von 1967« basieren solle. Das war in der Tat ein Bruch; selbst das Urdokument von 1967, die UN-Resolution 242, hatte den Rückzug, aber nicht unbedingt aus allen Gebieten gefordert. »Verrat!«, schallte es zurück, Israels Premier Netanjahu hat es am Dienstag in Washington bloß höflicher formuliert. Warum dann die arabische Kritik? »Er würde einen guten Hollywood-Schauspieler abgeben«, höhnte ein saudischer Interpret; »er hat nichts gesagt, was Gewicht hätte«, erboste sich der Historiker al-Fassi. Hat er doch.

Denn auf den Halbsatz folgte der »eilvernehmliche Gebietstausch«, damit beide Staaten in »sicheren Grenzen« leben können. Das Prinzip gilt seit 2000 – im Osten nichts Neues. Weiter: Amerika könne »Frieden nicht aufzwingen«. Kaltes Wasser auch auf die Versöhnung von Fatah und Hamas: Wie könne Israel mit jemandem verhandeln, »der dessen Existenzrecht nicht anerkennt«? Schließlich der unbeachtete Fingerzeig nach vorn: »Der Versuch der Palästinenser, Israel zu entrechteten, wird scheitern«, Isolierung in den UN »keinen unabhängigen Staat erwirken«.

Die Palästinenser mögen sich also von dem Traum verabschieden, im September in der UN-Generalversammlung den Staat geschenkt zu kriegen – an Jerusalem und Washington vorbei. Und von einem zweiten Traum: Palästina werde zwar »souverän«, aber »entmilitarisiert« sein. Und von einem dritten, dem Rückkehrrecht: Israel sei ein »jüdischer Staat und die Heimat des jüdischen Volkes«. Fazit: Obama und Netanjahu sind sich spinnefeind, aber der friedensbewegte Kolumnist Gideon Levy hat recht: Amerika stehe »fest an der Seite Israels«.

So viel zu einer Ecke jener Bühne, die von Rabat bis Riad reicht. Jeder weiß, wie der letzte Akt enden müsste: zwei Staaten, Gebietstausch, Aufgabe der Siedlungen im Inneren des Westjordanlandes, Doppel-Hauptstadt Jerusalem, kein Rückkehrrecht, kurzum: weder Groß-



Israel noch Groß-Palästina. Aber ein Schwärmer, wer wähnt, dass beide Seiten sich ihrer Träume und Albträume so bald entledigen könnten.

Auf dem weitaus breiteren Teil der Bühne läuft längst ein anderes Drama namens Arabischer Frühling ab. Das ist die größte welthistorische Überraschung seit dem Mauerfall. War nicht Despotismus das ewige Schicksal Arabiens? Die Nato bombardiert Libyen, aber nicht Syrien; Obama ermahnt das kleine Bahrain, aber erwähnt die Klerikal-Monarchie Saudi-Arabien mit keinem Wort – kein Wunder. Denn die Saudis sind das Bollwerk gegen Iran und sitzen obendrein auf dem größten Ölfass der Welt.

Der wohlmeinende Mensch glaubt, genau zu wissen, wie das Dilemma zu knacken sei: volle Kraft voraus für die Demokratie – auch unter Beimischung von Blei, selbst wenn er dabei in die peinliche Nähe von Bush gerät. Und wo will Amerika hin? Obama legt ein Zickzackprogramm vor, das – gewiss doch – rasch in all seine Widersprüche zerlegt werden kann.

Einerseits der pure Idealismus: »Nachdem wir jahrzehntelang die Welt akzeptiert haben, wie sie ist, haben wir jetzt die Chance, sie so zu formen, wie sie sein sollte.« Amerika werde überall in der Region die Demokratie, die »universellen Menschenrechte« befördern. »Die Würde des Straßenverkäufers in Tunesien« zähle mehr als die »brutale Macht des Diktators«.

Andererseits der machtbewusste Realismus, der so gar nicht in das Bild seiner europäischen Fans passt. Das ist der Obama, der seit Libyen in drei Kriegen steht, der kaltblütig bin Laden töten ließ, der zehnmal mehr Drohnen ausgesandt hat als Bush. Und wieder eine Volte: »Demütig« müsse Amerika sein; es könne nicht »jedes Unrecht« beseitigen; zu »kostspielig« sei der gewaltsame Regimewechsel. Intervention? Nur mit internationalem Mandat wie in Libyen.

Wer wollte sich gegen solchen »Real-Idealismus« auflehnen? Westerwelle vielleicht, der glaubt, Mord und Totschlag ließen sich allein auf politischem Wege beseitigen. Oder Sarkozy, der erst schießt und dann Fragen stellt. So oder so lassen sich keine Schneisen durch die reale Politik schlagen. Jedenfalls würden bedachte Europäer nicht anders reden als Obama – mit allen Volten und Widersprüchen.

Die werden auch uns Europäer durch den langen, stürmischen Arabischen Frühling begleiten. Wir werden vorsichtig sein, wo die Kosten zu hoch sind (Syrien, Iran) und die strategischen Interessen zu mächtig (Saudi-Arabien). Wir werden nur eingreifen, wo das Massaker bevorsteht *und* die Risiken kalkulierbar sind (Libyen). Aber wir werden, und das ist der moralische Fortschritt, den Demokraten beistehen und die Despoten nicht mehr umarmen. Denn die stehen auf der falschen Seite der Geschichte.



## Neue Zürcher Zeitung

### Palästinenser halten sich die Tür offen

#### *Rückkehr zu Friedensverhandlungen laut Abbas möglich*

**Die Palästinenserführung hält sich trotz aller Kritik an Israel eine Tür für die Rückkehr zu Friedensverhandlungen offen. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas schlug einen Zeitrahmen für Friedensverhandlungen vor.**

(sda/dpa) Mit einem Zeitrahmen könne ein ernsthafter politischer Prozess beginnen. Die israelische Regierung hat bislang stets alle Vorbedingungen für die Fortsetzung von Friedensgesprächen zurückgewiesen. Sie lehnt auch einen Zeitplan ab.

Abbas warf dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu vor, er wolle eine Atmosphäre der Instabilität schaffen und alle Chancen auf einen Neustart des Friedensprozesses zerstören.

### Obamas Vorschläge als Vorbild

Abbas forderte die israelische Regierung auf, sie solle die Vorschläge von US-Präsident Barack Obama akzeptieren. Andernfalls hielten sich die Palästinenser die Möglichkeit offen, im September die Vereinten Nationen um die Anerkennung eines Palästinenserstaates zu bitten.

Netanyahu hatte während einer Rede vor dem US-Kongress eine Teilung Jerusalems, einen Abzug aus dem Jordan-Tal sowie eine Rückkehr zu den Grenzen vor Beginn des Sechstagekrieges von 1967 abgelehnt. Die Palästinenser wollen im Westjordanland, im Gazastreifen und im arabischen Ostteil Jerusalems einen eigenen Staat ausrufen.



**FAZ**

**Netanjahu-Rede**

**„Weit weg vom Friedensprozess“**

**Nach der Rede Netanjahus überwiegt die Enttäuschung über Israels Ministerpräsidenten. Der oppositionellen Kadima-Partei gingen die Zugeständnisse nicht weit genug, für den Siedlern nahestehende Politiker waren sie schon zu viel.**

Von Hans-Christian Rößler, Jerusalem

Sara Netanjahu traut ihrem Ehemann viel zu. Unter Freunden soll sie einmal gesagt haben, dass er auch die amerikanische Präsidentenwahl gewinnen würde, wenn er dort antreten dürfte. Während seiner fünftägigen Amerikareise fühlte sich der israelische Ministerpräsident in Washington sichtlich wie zuhause.

Daran konnte auch seine öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung mit Präsident Obama über die Grenzen von 1967 nichts ändern. Mit sonorer Stimme und in bestem Ostküsten-Englisch blieb er hart in der Sache, zog es aber vor, die vielen Gemeinsamkeiten und die enge Partnerschaft zu loben.

Zufrieden kehrte er am Mittwoch nach Jerusalem zurück. Doch selbst Israelis, die sonst seiner Politik einiges abgewinnen können, teilten seine Einschätzung nicht. „Der Premierminister hat wenig Fleisch auf die Knochen der Zwei-Staaten-Lösung gepackt. Netanjahu hat sich stärker um seine eigenen Unterstützer gekümmert und offene Türen eingerannt“, meint etwa David Horowitz, der Chefredakteur der Zeitung „Jerusalem Post“. Netanjahus Berater hatten vor der Reise große Erwartungen geweckt, eine historische Rede vor dem Kongress angekündigt und den Eindruck erweckt, er könne den Palästinensern Angebote machen, denen sie kaum widerstehen können.

**„Sehr weit vom Friedensprozess entfernt“**

Stattdessen blieb der israelische Regierungschef vage und bekräftigte Bedingungen, die er schon früher gemacht hatte. „Netanjahus Friedensplan, wenn man seine Sammlung unrealistischer Vorstellungen so bezeichnen kann, führt direkt zur Beerdigung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses, einer internationalen Krise und der Anerkennung eines Palästinenserstaats durch die UN“, urteilte die Zeitung „Haaretz“.

Die palästinensische Führung fühlt sich in ihrer Absicht bestärkt, im September von den Vereinten Nationen als der Staat anerkannt zu werden, von dem auch Netanjahu sprach - aber ohne mit ihm darüber zu verhandeln. Der israelische Ministerpräsident habe sich „sehr weit vom Friedensprozess entfernt“, sagte am Mittwoch der palästinensische Präsident



Abbas. Der frühere Außenminister Nabil Schaath sprach sogar von einer „Kriegserklärung an die Palästinenser“. Der oppositionellen Kadima-Partei gingen die von Netanjahu nur angedeuteten vorsichtigen Zugeständnisse nicht weit genug, für den Siedlern nahestehende Politiker waren sie schon zu viel.

In seiner Rede hatte er gesagt, dass „einige Siedlungen jenseits der israelischen Grenze enden werden“. Zuvor hatte Netanjahu jedoch wiederholt, dass die Grenzen von 1967 nicht einmal Ausgangspunkt für Verhandlungen sein können, wie es Präsident Obama in seiner Nahostrede in der vergangenen Woche verlangt hatte. Dabei geht es derzeit nicht um die von Israel 1967 eroberten und später annektierten Golanhöhen, deren Rückgabe Syrien fordert. Hierüber hat Israel mit Syrien direkt verhandelt und will das auch in Zukunft tun. In Amerika wurde Netanjahu nicht müde, am Beispiel des Stadtplans von Washington zu veranschaulichen, wie schmal die wenige Kilometer breite Wespentaille Israels an der Küste ist - und deshalb nicht zu verteidigen sei.

Er stellte dabei die Sicherheit Israels in den Vordergrund erwähnte keine einzige Siedlung mit ihrem Namen - die größte Siedlerstadt Ariel liegt zum Beispiel weit von der Grünen Linie entfernt tief im Westjordanland. Israelische Politiker und Militärs sind besorgt, dass eines Tages militante Islamisten Ballungszentren und den Flughafen von Tel Aviv mit Raketen vom höher gelegenen Westjordanland beschießen könnten, wie die Hamas und der Islamische Dschihad das in der Vergangenheit von Gaza aus taten.

Der Verlauf der israelischen Sperranlage, der zum Teil von der Grünen Linie abweicht, geht auch auf diese Sicherheitsorgen zurück. Eigentlich hatten Israelis und Palästinenser schon vor Jahren begonnen, den Grenzstreit zu überbrücken: 2008 hatte der damalige Ministerpräsident Olmert zuletzt mit Präsident Abbas über einen Austausch von Gebieten verhandelt, der es erlauben würde, einen Großteil der Siedlungen Israel zuzuschlagen und die Palästinenser andernorts zu entschädigen.

Zu einem solchen Tauschgeschäft hatte Obama die Konfliktparteien auch in seiner jüngsten Nahostrede aufgefordert. Netanjahu wollte sich jedoch auf nichts festlegen und kündigte nur an, dass Israel in Verhandlungen „großzügig“ sein werde, wenn es um die Größe des künftigen Palästinenserstaats gehe.